



HESSISCHER LANDTAG

27. 08. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Frankfurt am Main ist "vierte Hauptstadt" Europas

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Frankfurt eine internationale und weltweite Stadt ist. Mit mehr als 90 Konsulaten bildet Frankfurt neben Berlin und Hamburg einen der drei wichtigsten Standorte für europäische und internationale Diplomaten in Deutschland. In Frankfurt trifft sich Europa und die Welt. Der einmalige europäische Knotenpunkt Frankfurt/Rhein-Main macht den Standort attraktiv als Sitz für europäische Institutionen und Institute wie auch für europaweit und/oder international ausgerichtete Unternehmen. Die einzigartige Kombination von Flughafen, Schiene, Straße, Messe und Informationsinfrastruktur hat bereits jetzt dazu geführt, dass zahlreiche europäische und internationale Unternehmen, Banken, Institutionen und Industrien hier ihren Sitz haben.
2. Zur Attraktivität des Standortes gehört auch eine Willkommenskultur für Familien. Mit den Europäischen Schulen in Frankfurt und Bad Vilbel, dem Lycée Français Victor Hugo und der International School sowie einer Vielzahl bilingualer Angebote von Englisch und Französisch über Griechisch bis Italienisch an Frankfurts Schulen finden auch die Kinder unserer internationalen Gäste ein hochklassiges und mehrsprachiges Bildungsumfeld.
3. Der Landtag stellt fest, dass seit Jahren der Trend zu erkennen ist, dass Frankfurt und das Rhein-Main Gebiet zu einem wirtschafts- und finanzpolitischen Zentrum in Europa heranwachsen. Das hat mit der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land zu tun, aber auch mit aktiver Standortpolitik in Brüssel und Straßburg durch die Bundes- und Landesregierung. Der Landtag begrüßt in diesem Sinne die in den letzten fünf Jahren getroffenen wesentlichen finanzpolitischen Entscheidungen in und für Frankfurt. Neben der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Versicherungsaufsichtsbehörde (EIOPA) sind auch der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) sowie die künftige einheitliche EZB-Bankenaufsicht für die Eurostaaten und zusätzlich beigetretene Staaten in Frankfurt angesiedelt worden. Der künftige Bankenabwicklungsmechanismus sollte folgerichtig ebenfalls bei der EZB in Frankfurt angesiedelt werden.
4. Nicht zuletzt durch die genannten Ansiedlungen dieser europäischen Institutionen ist Frankfurt im Begriff, neben Brüssel (dem Sitz von Kommission und Rat), Straßburg (dem Sitz des Europäischen Parlaments) und Luxemburg (dem Sitz der Europäischen Gerichte) zur "vierten Hauptstadt" Europas, dem Wirtschafts- und Finanzpolitischen Kraftzentrum, aufzusteigen. Diese Zukunftsperspektive von historischer Bedeutung sieht der Landtag als Verdienst des vielfältigen Einsatzes der Landesregierung an. Aus diesem Grund bittet der Landtag die Landesregierung, sich weiter dafür einzusetzen, Frankfurt zu einem Zentrum der Aufsicht über die Finanzmärkte in Europa auszubauen.

5. Die Forderung des Europäischen Parlaments, künftig alle europäischen Aufsichtsbehörden für Banken, Wertpapiermärkte und Versicherungen an einem einzigen Ort - nämlich Frankfurt - zu bündeln und die noch verbleibenden Institutionen in London (Banken) und Paris (Wertpapiermärkte) ebenfalls an den Main zu verlegen, ist fachlich geboten und wird vom Landtag ausdrücklich unterstützt.
6. Der Landtag hält es für sinnvoll, die Bereiche Banken- und Versicherungsaufsicht der Bafin von Bonn nach Frankfurt zu verlegen. Denn die mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden arbeiten immer enger mit den europäischen Aufsichtsbehörden zusammen. Die deutsche Bankenaufsicht könnte so noch stärker von der Nähe zur neuen EZB-Bankenaufsicht über die Eurostaaten und zusätzlich beigetretene Staaten profitieren.
7. Der Landtag unterstützt die Bemühungen der Landesregierung, internationale Institutionen in Frankfurt zu stärken und anzusiedeln. Der Landtag begrüßt daher, dass in Frankfurt bereits eine Schiedsstelle der Weltbank angesiedelt wurde. Der Landtag unterstützt Bemühungen der Landesregierung, Frankfurt zu einem zentralen Standort der Weltbank auszubauen.

Begründung:

Die gewachsene Bedeutung Frankfurts ist Ehre und Verantwortung gleichermaßen. Was in Frankfurt geschieht, hat eine europäische Öffentlichkeit. Diese muss genutzt werden, um unsere Werte einer stabilen europäischen Währung, die Ziele der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus sowie eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft in die europäische Debatte einzubringen.

Internationales Lebensgefühl und Weltoffenheit, hervorragende Infrastruktur und eine moderne Forschungslandschaft, innovative Unternehmen mit gut ausgebildeten Fachkräften sind die Grundlagen, die eine florierende wirtschaftliche Entwicklung in Gang gesetzt haben. Diese Grundlagen sollten zukünftig weiter entwickelt werden. Dazu ist die Unterstützung der finanzmarktbezogenen Forschung und Lehre an der Frankfurter Goethe-Universität mit dem dortigen "House of Finance" ein wichtiges Standbein. Wissenschaftlicher Rat und eine weitsichtige und auf Stabilität ausgelegte Finanzmarktpolitik sichern somit Frankfurts Rolle als vierte europäische Hauptstadt.

Die auf EU-Ebene ergriffenen Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise müssen konstruktiv begleiten werden. Im Bewusstsein der zentralen Bedeutung des Euros für den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt, den europäischen Einigungsprozess insgesamt und nicht zuletzt auch für den Wirtschaftsstandort und Finanzplatz Frankfurt wird sie alle Vorhaben unterstützen, die zu einer nachhaltigen, weiteren Gesundung der Euro-Zone beitragen. Sie wendet sich weiterhin entschieden gegen Vorschläge, die auf eine Entwicklung der Europäischen Union hin zu einer Transfer- und Haftungsunion setzen. Eine Vergemeinschaftung von Schulden z.B. durch "Euro-Bonds" ist nicht im Interesse Hessens.

Finanzhilfen für überschuldete Euro-Staaten setzen voraus, dass diese sich im Gegenzug zu weitreichenden wirtschaftspolitischen Reformen sowie zu einer konsequenten Konsolidierung ihrer Haushalte verpflichten und diese umsetzen. Partnerschaftlicher Umgang, Solidarität und strikte Solidität sind Maßstäbe einer verantwortungsvollen Politik in Hessen, Deutschland und Europa.

Der Einsatz für eine weitsichtige und verantwortungsvolle Wirtschafts-, Finanzplatz- und Fiskalpolitik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene ist der richtige Weg, um die europäische Schuldenkrise nachhaltig zu bewältigen. Dies gilt insbesondere für den Kampf gegen unlautere Steuervermeidung und Steuerhinterziehung, der auch und gerade grenzüberschreitend geführt werden muss.

Hessen steht auch in wirtschaftlicher Verantwortung. Gerade wegen der großen europäischen Aufmerksamkeit ist es wichtig, dass wir in Hessen unsere Werte auch vorleben.

Die größte Herausforderung der kommenden Jahre wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sein. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ist die Schuldenbremse in die Hessische Verfassung eingeführt worden. Bereits jetzt wurden die ersten haushaltspolitischen Weichen zur Umsetzung gestellt. Hier mit Augenmaß vorzugehen, die eigenen Kriterien zu erfüllen, die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und dennoch die Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu erhalten, sind die Aufgaben denen sich Politik stellen muss.

Wiesbaden, 27. August 2013

Für die Fraktion der CDU
Der Parl. Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion der FDP
Der Parl. Geschäftsführer:
Dr. Blechschmidt